

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ing. Peter Westenthaler, Dolinschek, Ursula Haubner
und Kollegen
betreffend **Anhebung des amtlichen Kilomergeldes**

eingbracht im Zuge der Debatte zum Tagesordnungspunkt 2: Bericht und Antrag des
Finanzausschusses über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die
Reisegebührenvorschrift 1955 geändert wird (613 d.B.)

Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer benutzen ihren privaten Pkw für
Dienstfahrten. Doch die derzeitigen 38 Cent pro Kilomergeld kommen nicht im Geringsten
an die realen Kosten heran, die bei Dienstfahrten im Privatauto entstehen. Viele
Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer haben dadurch finanzielle Mehrbelastungen zu tragen,
die zum Teil mehr als 1.000 Euro pro Jahr betragen.

Zusätzlich werden die Autofahrer und Autofahrerinnen seit dem letzten Jahr durch die
Erhöhung des Vignettenpreises, exorbitante Preissteigerungen bei den Kraftstoffen, die
Anhebung der Mineralölsteuer sowie durch gestiegene Abgaben belastet. Seit Juli 2007 hat
daher die Erhöhung der Treibstoffpreise für die Arbeitnehmer zu Mehrkosten von 500 Mio.
Euro geführt.

Die nun von der Bundesregierung vereinbarte Erhöhung des amtlichen Kilomergeldes von
38 auf 42 Cent ist als Antwort auf die ständig steigenden Treibstoffpreise bei der Bevölkerung
auf wenig Anerkennung gestoßen, da die Beschäftigten mit jedem gefahrenen Kilometer ihres
privaten Fahrzeuges weiterhin Geld verlieren.

Damit aber die Berufspendler und -pendlerinnen bei beruflichen Fahrten mit ihren privaten
Kraftfahrzeugen aufgrund der enorm hohen Spritpreise keine weiteren Belastungen erleiden
ist eine rasche Anhebung des amtlichen Kilomergeldes von 38 auf nunmehr 48 Cent pro
Kilometer längst überfällig. Denn jeder Betrag darunter ist ein Verlust für jeden Autofahrer,
der das private Kraftfahrzeug für Dienstfahrten einsetzt.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf zuzuleiten,
der das amtliche Kilomergeld auf zumindest kostendeckende 48 Cent pro Kilometer
erhöht.“

Wien, am 6. Juni 2008

The image shows several handwritten signatures in black ink. On the left, there are three distinct signatures. On the right, there are two more signatures, one of which is quite large and stylized. The signatures are written over the text of the motion and the date.